Einzelpreis 20 Pfg. • 4. Jahrgang

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief dgl. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 95 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8–9.

Dienstag, 2. August 1921

Nummer 356 • Abend-Ausgabe

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Kuhhandel um Oberschlesien

Die Arbeiten der Sachverständigenkommission

EE. Paris, 2. August.

Im „Echo de Paris" spricht heute Pertinax über die **Beratungen der Sachverständigen in der oberschlesischen Frage.** Er erklärt, daß zunächst ein englisch-italienisches Projekt vom Monate Mai vorliege, unterzeichnet von dem Obersten Percival und dem General De Marini. Diese gingen von dem Grundsatz aus, **daß das Industriegebiet nicht geteilt werden dürfe und daß man Polen infolgedessen nur ein Drittel jener Bewohner zuteilen dürfe, die für Polen gestimmt hatten.** Zweitens liegt das Korfantyprojekt vor und ein Plan des Generals Le Rond, die die von den Engländern und Italienern angenommenen Argumentationen in das Gegenteil, also zugunsten Polens, verkehrten. Das vorgesehene Ergebnis ist von Korfanty noch besonders vom strategischen Gesichtspunkt aus zu Polens Gunsten verbessert worden. **Diesem Plan zufolge verlören die Deutschen zwei Fünftel ihrer Stimmen.** Der Plan des Grafen Sforza, Polen und Deutschen jene Gebiete zu geben, die ihnen unbestritten nach dem Ergebnis der Volksabstimmung zufallen würden, enthält zwei Lösungen: Eine, die die Einheit des Industriegebietes wahren will, und die andere, **die Deutschland den größten Teil des Industriegebietes zugesteht und Polen durch Abtretung landwirtschaftlicher Gebiete im Norden und Osten entschädigen will.**

Während der Beratungen am letzten Sonntag empfahlen die englischen Sachverständigen eine englische Linie, die sich nur wenig von dem ursprünglichen englisch-italienischen Plan unterscheidet. Polen soll demnach außer Pleß und Rybnik noch Teile der Kreise Rosenberg, Ratibor und Lublinitz erhalten, womit nahezu die den Deutschen günstige Sforzalinie erreicht wäre. Am letzten Sonntag hatten die Sachverständigen intensiv den ganzen Tag zu arbeiten. Die französischen Sachverständigen hatten eine Linie vorgeschlagen, die sich von dem Vorschlag des Grafen Sforza insofern unterscheidet, als die Polen noch die Kreise Hindenburg und Zaborcze erhalten sollten. Die italienischen Vertreter wurden jedoch nicht von dem neuen Außenminister ermächtigt, sich an die vor zwei Monaten übermittelten offiziellen Dokumente zu halten. Die Sachverständigen verwandten nun ihre Zeit darauf, **eine Teilung der Stimmen, Gemeinde für Gemeinde,** vorzunehmen. Pertinax erklärt, daß die Volksabstimmung sehr verschieden ausgelegt werden könnte. Jede Regierung legt sie gemäß ihrer Gesamtpolitik aus. **Nur eine Gesamtbesprechung über die Angelegenheiten Deutschlands werde die Einigkeit oder Uneinigkeit der alliierten Ministerpräsidenten festlegen können.**

Das Programm des Obersten Rates

Fünf Fragen

EE. Paris, 2. August.

Gestern sind die Einladungen an die alliierten Regierungen abgesandt worden und, wenn der „Petit Parisien" gut unterrichtet ist, wurde auch Belgien zur Teilnahme an der Pariser Konferenz eingeladen. Man erklärt, die englische Abordnung werde aus Lloyd George, Lord Curzon, dem englischen Botschafter in Paris, Lord Hardinge und dem Feldmarschall Wilson bestehen. Balfour wird also der Sitzung des Obersten Rates nicht beiwohnen. Der „Petit Parisien" glaubt zu wissen, daß fünf Fragen auf der Tagesordnung stehen werden. Zunächst die Frage der Truppenentsendung nach Oberschlesien, sodann die endgültige Regelung des oberschlesischen Problems. Diese Frage allein wird zwei oder drei Sitzungen des Obersten Rates in Anspruch nehmen. Hierauf würde der Oberste Rat auf Verlangen der englischen Regierung die orientalische Angelegenheit prüfen, ferner die Frage der Kriegsbeschuldigten, auf die Belgien und Frankreich großes Gewicht legen, und endlich die Frage der Hilfe für das notleidende Rußland. Dem „Petit Parisien" zufolge würde also die Frage der Aufhebung der Sanktionen nicht erörtert werden, während andere Berichte erklären, daß auch diese Frage zur Sprache gebracht werden würde. Frankreich ist aber, dem „Matin" zufolge, der Ansicht, daß sich die Zollgrenze am Rhein an das allgemeine Wirtschaftssystem der Kontrolle Deutschlands anpassen solle, das heißt mit anderen Worten, daß die Garantiekommission ihr Urteil über die Aufhebung der Sanktionen fällen müsse.

Falscher Entrüstungsrummel

Aufforderung zu Tätlichkeiten

Das „Deutsche Tageblatt" des Herrn Reinhold Wulle veröffentlicht eine Zuschrift aus Offizierskreisen, die den Geisteszustand der Leute, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, grell beleuchtet. In unserer Nr. 338 hatten wir uns mit dem Brief des früheren bayerischen Kronprinzen Ruprecht beschäftigt, den dieser am 19. Juli 1917 an den Grafen Hertling gerichtet hat. Wir hatten an die Wiedergabe der entscheidenden Stellen dieses Briefes die Bemerkung geknüpft, daß die politischen und militärischen Führer des deutschen Volkes Feiglinge waren, wenn ihnen der wahre Zustand Deutschlands bekannt war und sie die Wahrheit dem Volke vorenthielten. Wir hatten auch darauf hingewiesen, daß die Dolchstoßlegende keine bessere Erledigung finde als durch diesen Brief Ruprechts. Beweist er doch, daß schon im Juli 1917, nach dem Urteil der damaligen politischen und militärischen Führer, alle Keime des Zusammenbruchs verhanden waren. Und in der Tat: Ist es nicht feige, in der Zeit der höchsten Not, der ungeheuersten körperlichen und seelischen Anspannung eines ganzen Volkes, dieses Volk mit falschen Redensarten zu betören und ihm die Wahrheit zu verweigern? Haben nicht die, die den Zusammenbruch kommen sahen und sich ihm nicht entgegengestellt haben, feige und verantwortungslos gehandelt? Dürfen persönliche Rücksichten, Rücksichten der Stellung und des Ansehens stärker sein, als die Sorge um das ganze Volk?

Unter ruhig denkenden Menschen täuscht sich heute niemand mehr darüber, daß die politische und militärische Führung Deutschlands im Weltkriege äußerst mangelhaft gewesen ist. Um die Führung in diesem Sinne hat es sich aber ganz allein in unserer Notiz gehandelt. Mit keinem Wort war den Offizieren oder irgend wem Feigheit vor dem Feinde oder dergleichen vorgeworfen worden. Kein vernünftiger Mensch konnte aus jenen Zeilen etwas Aehnliches entnehmen. Da aber ein Großteil der deutschen Offiziere absolut und um jeden Preis vor der Welt daran erinnern zu müssen glaubt, daß der deutsche Offizier nicht denkt, so wird in der betreffenden Zuschrift an das „Deutsche Tageblatt" eine wüste, persönliche Hetze gegen den Genossen Liebschütz als verantwortlichen Redakteur der „Freiheit" eröffnet. Neben den in diesen Spalten selbstverständlichen antisemitischen Anpöbelungen wird deutlich zu Tätlichkeiten gegen den Genossen Liebschütz aufgefordert, was übrigens ebenso selbstverständlich in diesen Spalten ist. Wo der Verstand aufhört, fängt die Gewalt an. Die Zuschrift enthält folgende Sätze:

Wo waren Sie, Herr Leo Liebschütz, im letzten Kriege?!

Führen Sie diese niederträchtige, frivole Sprache in Ihrem Schmutzblatt weiter, dann kann niemand dafür bürgen, daß Sie nicht eines Tages einen recht fühlbaren Denkzettel seitens dieser „Feiglinge" erhalten werden.

Die deutschen Offiziere sind gewöhnt, von Ihren „Laiten" beschimpft und beschmutzt zu werden; sie der „Feigheit" zu zeihen, dieses Bubenstück war Ihnen vorbehalten.

Es kommt der Tag, Herr Liebschütz, an dem man auch von Ihnen Rechenschaft fordern wird für diese feige Tat!

Man könnte diese Hetze achtlos beiseite liegen lassen, wenn uns die Fälle Hirschfeld, Sänger, Careis und noch manche andere nicht bewiesen hätten, daß auch die sinnloseste Hetze in gewissen Kreisen Eingang findet. Die Frage, wo Genosse Liebschütz im letzten Kriege gewesen ist, kann beantwortet werden. Genosse Liebschütz war im Felde wie jeder einfache Soldat. Er war weder Etappenschwein, wie so viele aus den Offizierskreisen, die ihn anpöbeln, noch Garnisonhengst. Es ist hier nicht der Ort und wir haben auch keinerlei Ursache, den Leuten um Wulle gegenüber uns zu rechtfertigen. Wie wäre es aber, wenn man die dem Genossen Liebschütz gestellte Frage dem Grafen Reventlow, dem Leitartikler des „Deutschen Tageblattes", vorlegen würde?

Generalstreik in Danzig

Danzig, 1. August.

Da die von seiten der sozialdemokratischen Partei für diesen Donnerstag beabsichtigte Demonstration auf dem Heumarkt verboten wurde, rufen heute der Allgemeine Gewerkschaftsbund für die Freie Stadt Danzig, der Allgemeine Freie Angestelltenbund, die Afa, die sozialdemokratische Partei in Danzig, die Unabhängige sozialdemokratische Partei Danzig und die Vereinigten Kommunistischen Parteien Deutschlands, Bezirk Danzig, zu einem auf Donnerstag, 4. August, stattfindenden 24stündigen Generalstreik der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf. Es soll protestiert werden gegen die „unerhörte Belastung durch direkte und indirekte Steuern, gegen die Erhöhung der Wohnungsmiete, gegen die gewaltige Verteuerung der Lebensmittel und gegen die beabsichtigte Erhöhung des Brotpreises. Als Ausgleich der bestehenden Teuerung wird gefordert werden eine Erhöhung der Löhne und Gehälter für sämtliche Lohn- und Gehaltsempfänger, Erhöhung der Bezüge der Arbeiter-Invaliden und der Witwen und Waisen, der Kriegsbeschädigten, der Empfänger von Armenunterstützungen sowie eine ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen.

Dem Kampfe ausgewichen

Die politische Lage in Sachsen

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Im sächsischen Landtag wurde im Herbst vorigen Jahres der Ministerpräsident mit den sozialistischen Stimmen gegen die bürgerlichen Stimmen gewählt. Die Kommunisten, die erst eine ablehnende Erklärung gegen Herrn Buck abgegeben hatten, stimmten für ihn als Ministerpräsidenten. Damit war die Bildung einer sozialistischen Regierung möglich. Es begann aber auch damit der Kampf der bürgerlichen Parteien um eine Veränderung der Regierung. Ihr Streben ging dahin, einen Zwist innerhalb der sozialistischen Gruppen herbeizuführen, um zu erreichen, daß eine Regierung aus Sozialisten, Demokraten und Deutscher Volkspartei gebildet werden solle. Die Rechtssozialisten lehnten ab, mit monarchischen Parteien zusammen eine Regierung zu bilden und hielten an der Koalition mit der Unabhängigen sozialistischen Partei fest. Die bürgerlichen Parteien gaben ihren Plan auf Veränderung der Regierungsbasis nicht auf, sondern benutzten jede Gelegenheit, um den Nachweis zu führen, daß die Regierung mit dieser Koalition keine Dauer haben könne. Alle kleinen Fragen, die durch die bürgerlichen Parteien zum Gegenstand der Opposition gemacht worden waren, verfingen nicht. Es kam der Märzputsch, der in Sachsen keinen Einfluß auf das öffentliche Leben gewann. Die Regierung rechnete mit den Kommunisten scharf ab, was wieder die bürgerlichen Parteien benützten, um durch Erklärungen zu dokumentieren, daß es an der Zeit sei, die Regierungsbasis zu verändern. Auch das wurde von den sozialistischen Parteien abgewiesen.

Erneut wurde die Ernennung des Unabhängigen Reichstagsabgeordneten Rysel zum Amtshauptmann in Leipzig benutzt, um mit den Beamten und unterstützt von den bürgerlichen Parteien, einen Kampf gegen die sozialistische Regierung zu entfachen. Die Enthüllungen des Ministers über die Bestrebungen einer Beamtennebenregierung führten aber dazu, daß die sozialistischen Parteien geschlossen sich hinter die Regierung stellten. Nur die Kommunisten blieben unklar in ihrer Stellungnahme. Die Beschaffung von laufenden Mitteln durch Einbringung der Grund- und Gewerbesteuergesetze gab den bürgerlichen Parteien den Mut, erneut eine Machtprobe gegen die Regierung herbeizuführen. Obgleich sie sachlich gegen die Steuer nichts einzuwenden hatten, weil einmal diese Grundsteuer in Sachsen bereits besteht, und die Gewerbesteuer von den Gemeinden auf derselben Grundlage aufgebaut worden ist und angewendet wird, und es nur galt, diese Steuern auch dem Lande dienstbar zu machen, nutzten sie dennoch die Gelegenheit, durch Ablehnung der Steuern der Regierung die laufenden Einnahmen zur Bestreitung der Besoldungsaufwendungen für die Beamten zu verweigern.

Die Kommunisten lehnten ebenfalls die Steuern unter der Begründung ab, daß diese Steuern auf die ärmeren Klassen abgewälzt werden können. Dieser Einwand ist kindisch, weil alle Steuern abwälzbar sind und die neue Grundsteuer gerade progressiv nach dem Grundwert wirkt und bei der Gewerbesteuer das Existenzminimum unter 24 000 M. aus gewerblichen Einnahmen steuerfrei bleiben sollte. Die Regierung nahm, nachdem eine Verständigung im Aeltestenausschuß des Landtages von den bürgerlichen Parteien nicht beliebt wurde, zu den Beschlüssen des Sonderausschusses des Landtages in einer Erklärung Stellung. Die Erklärung schob die Verantwortung für die Ablehnung der Steuer und die Gefährdung der Durchführung der Besoldungsordnung den bürgerlichen Parteien und den Kommunisten zu und stellte dem Landtage anheim, sich selbst aufzulösen, um durch Neuwahlen eine andere Regierungsgrundlage zu schaffen. Da die bürgerlichen Parteien und die Kommunisten die Regierungsbasis zu verändern erstrebten, so wäre es selbstverständlich gewesen, daß nun jene Parteigruppen die Gelegenheit rasch ergreifen würden, das Volk selbst zur Aenderung der Regierung durch Neuwahlen aufzurufen. Davon war aber keine Rede, sie wichen dem Kampfe aus.

Bezeichnend dafür war, daß der Führer der Deutschnationalen Partei, der Abgeordnete Beutler, durch einen Zwischenruf erkennen ließ, daß die sozialistischen Parteien den Antrag auf Auflösung des Landtags stellen sollten. Erstrebten die bürgerlichen Parteien die Veränderung der Koalition, so war der Appell an die Wähler das geeignete Mittel, um diesem Verlangen Nachdruck zu geben. Die bürgerlichen Parteien lehnten es aber ab, einen solchen Antrag zu stellen; sie gaben damit ihre Kampfstellung gegen die Regierung auf. Auch die Kommunisten stellten keinen Antrag auf Auflösung des Landtags, obgleich sie der Regierung den schärfsten Kampf angesagt hatten. Der angesagte Kampf wurde also aufgegeben. Ein Antrag der bürgerlichen Parteien, unterstützt von den sozialistischen Parteien, verlangte die gesamte Tagesordnung für eine spätere Sitzung, die nach einem oder mehreren Monaten stattfinden sollte, zu vertagen. Die Sorge um die Sicherung der Beamtenbesoldung führte zu einem Einverständnis, daß diese Vorlage verabschiedet wurde.

Der Antrag auf Vertagung wurde angenommen. Ein Antrag auf Behandlung der Anfragen wegen der Ernennung

des Amtshauptmanns Rysse! auf den nächsten Tag wurde abgelehnt. Die bürgerlichen Parteien, die nach Artikel 27 der sächsischen Verfassung ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung beantragt hatten, zogen diesen Antrag zurück und gaben damit zu erkennen, daß sie nicht den Mut fanden, die Kampfansage gegen die Regierung durchzuführen. Damit ist der Ansturm der bürgerlichen Parteien abgewehrt, der Bestand der sozialistischen Regierung zur Zeit gesichert, sie steht geschlossener da denn je, und wenn die sozialistischen Parteien wollen, dann weichen die bürgerlichen Parteien zurück. Trotz ihrer dröhnenden Worte wollen sie es nicht zum Aeußersten kommen lassen. Die politischen Kinder der Kommunistischen Partei wußten aus dieser politischen Situation nichts anderes zu machen, als im Landtage einige abgebrauchte Phrasen vorzutragen, ohne für die politische Seite des Kampfes Verständnis aufzubringen. Die Arbeiterschaft hätte mit diesen Konfusionären auch bei der Neuwahl gründlich aufgeräumt. Resultat: keine Neuwahlen, keine Regierungskrise, sondern die bürgerlichen Parteien und die Kommunisten haben den Kampf abgeblasen und sind in Ruhestellung getreten!

Der Feldherr Ludendorff

Vor einigen Wochen erschien in der rechtssozialistischen Presse eine Unterredung, die der Dresdener Rechtssozialist Robert Albert in Bad Elster mit dem General Hofmann hatte. Dieser General ist bekannt durch sein herausforderndes Auftreten während der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Er war es, der damals mit der Faust auf den Tisch schlug und damit „der Komödie der Verhandlungen endlich ein Ende machen wollte". General Hofmann galt dieserhalb allgemein als ein Reaktionär schlimmster Sorte. Es sind aber dann später wiederholt Aeußerungen laut geworden, aus denen zu erkennen war, daß General Hofmann nicht zum Ludendorffkreis gehörte, und daß er über die Kriegsführung seine eigenen Ansichten hatte, sie sogar sehr abfällig beurteilte.

Der Rechtssozialist Albert behauptet nun, General Hofmann habe in der Unterredung den Generalstabschef Falkenhayn unverblümt den „größten Verbrecher des Krieges" genannt. Während der Verhandlungen in Brest-Litowsk habe er die schlimmsten Winkelzüge gemacht, es sei, genau wie im Auswärtigen Amt seit 25 Jahren, andauernd gelogen worden. General Hofmann gab dann einen Ueberblick über die Verhandlungen in Brest-Litowsk. Als er von Albert darauf aufmerksam gemacht wurde, daß in den Büchern Ludendorffs und Hindenburgs ganz anders über die Verhandlungen berichtet wurde, erklärte General Hofmann:

„Ach ja, das weiß ich. Aber Ludendorffs Buch ist ein Verteidigungsbuch, deshalb dumm, falsch und zum Teil erlogen. Ueberall, wo er sich verteidigt, wimmelt es von Irrtümern. Und der gute Hindenburg: na, sein Buch ist so, daß es einen Hund jammern könnte."

Albert fragte darauf, weshalb denn General Hofmann seine Memoiren nicht schreibe. Sein Material wäre doch äußerst wertvoll. General Hofmann erwiderte darauf: „Nein, einstweilen nicht; denn täte ich es, müßte ich der ganzen Welt ja unterbreiten, daß Ludendorff kein Feldherr war, und das will ich vorderhand noch nicht." General Hofmann sprach sich dann weiter über die Unfähigkeit vieler Generäle aus. Die Marneschlacht im September 1914, die der Anfang zur deutschen Niederlage war, sei eine direkte Folge von Führerunfähigkeit gewesen. Die Heeresleitung habe dauernd die Kräfte verzettelt, die Frühjahrsoffensive 1918 sei gänzlich verfehlt gewesen, nicht Ludendorff, sondern Konrad von Hötzendorff war nach General Hofmann der beste und tüchtigste Offizier.

Die Unterredung wurde seiner Zeit in der Oeffentlichkeit nur wenig beachtet. Es wurden kurze Auszüge daraus veröffentlicht und Zweifel an der Echtheit geäußert. Jetzt veröffentlicht General Ludendorff in der „München-Augsburger Abendzeitung" folgende Erklärung:

„Gleich nach Bekanntwerden der Besprechung Hoffmanns mit Robert Albert, einem Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, hat General Ludendorff in der Ueberzeugung, daß die ganze Besprechung freie Erfindung sei, an seinen ehemaligen Mitarbeiter geschrieben und ihn gebeten, eine dahingehende Berichtigung der Presse zugehen zu lassen. Nach Eingang des Briefes besuchte General Hoffmann, der sich in Tegernsee aufhielt, General Ludendorff, der dort zufällig einen Tag weilte. **Er bestätigte, was die Presse veröffentlicht hatte.** Ludendorff wies auf das Unzulängliche solcher Erklärungen hin und ließ Hoffmann gegenüber keinen Zweifel bestehen, daß eine derartige Unterredung, wie er sie hiernach mit Herrn Albert gepflogen habe, unvereinbar mit den Ansichten des Offizierstandes sei, dem auch er angehört habe, und daß ihm diese Unterredung in den Kreisen, von denen ein Wiederaufbau des Vaterlandes zu erhoffen sei, nur schade. General Ludendorff beabsichtigt nicht, sich zu der vorliegenden Angelegenheit weiter zu äußern. Er ist der Ansicht, daß sich General Hofmann durch seine Erklärung von neuem einen schlechten Dienst erwiesen hat."

Damit wird also die Echtheit der Unterredung bestätigt. Die Auseinandersetzung zwischen Ludendorff und General Hoffmann wird sich sicherlich nicht in den üblichen kameradschaftlichen Formen vollzogen haben. Es kennzeichnet aber wiederum den Geist Ludendorffs, wenn er auf den sachlichen Gehalt der Behauptung des Generals Hofmann überhaupt nicht eingeht, sondern sie einfach als „unvereinbar mit den Ansichten des Offizierstandes" bezeichnet. Die Ansichten des Offizierstandes gehen also nach Ludendorff dahin, daß im Interesse dieses Standes gelogen werden muß und daß derjenige, der die Wahrheit sagt, ein schlechter Kerl ist. Wir hegen für den General Hofmann selbstverständlich keinerlei Sympathien, müssen aber gestehen, daß er mit seiner Unterredung dem deutschen Volke einen guten Dienst erwiesen hat. Denn auch diese Unterredung zerstört wieder einmal die Dolchstoßlegende. General Hofmann beweist uns, daß der Krieg nicht verloren ging durch die Revolution, sondern daß die Revolution die Folge des Zusammenbruchs war und daß dieser Zusammenbruch verursacht wurde durch die Unfähigkeit und Unzulänglichkeit der politischen und militärischen Führung.

Die Reaktion in der Schutzpolizei

Nachdem der preußische Minister des Innern, Herr Dominicus, durch einen Erlaß vom 10. Mai die politischen Rechte der Schutzpolizeibeamten so stark beschnitten hat, daß nahezu ein Verfassungsbruch vorliegt, ist er jetzt durch einen neuen Erlaß noch weiter gegangen. Der Erlaß vom 10. Mai verbietet den Beamten die Teilnahme an politischen Versammlungen in Uniform und die parteipolitische Betätigung innerhalb der Diensträume. In seinem neuen Erlaß geht der Minister nunmehr auch gegen die Betätigung der Beamten auf rein wirtschaftlichem Gebiete vor. Die Beamten hatten zum Schutze ihrer Interessen einen Wirtschaftsverband gegründet. Gegen diesen Verband tobte monatelang eine zielbewußte Hetze der reaktionären Offiziere. Der preußische Innenminister hat sich dieser Hetze angeschlossen, indem er jetzt das Verbot des Wirtschaftsverbandes in Aussicht stellt. In dem Erlaß heißt es, daß eine gewerkschaftliche Organisation der Polizeibeamten den Interessen des Staates widerspreche.

Der Erlaß stützt sich auf ein Noskewort: **„Eine gewerkschaftlich organisierte Polizei ist eine stete Gefahr für das Volk."** Noske hat diesen Satz seinerzeit aus der Erwägung heraus geprägt, daß weder in der Polizei noch in der Reichswehr die Mannschaften irgendwelche Rechte besitzen dürften. Er schwur auf den alten kaiserlichen Offizier; dieser sollte alle Macht in den Händen haben. Innerhalb der Reichswehr hat Noske diesen Grundsatz ja auch durchgesetzt. Dort herrscht heute die gleiche Disziplin wie in der Hohenzollernarmee. Nicht ein Hauch des neuen Geistes ist zu verspüren. Auf die Polizei vermochte Noske einen bestimmenden Einfluß noch nicht auszuüben. Jetzt hat sich der preußische Innenminister die reaktionären Grundanschauungen Noskes zu eigen gemacht, und unter Berufung auf Noske unterbindet er nunmehr auch die wirtschaftliche Betätigung der polizeilichen Beamtenorganisationen.

Rückwärts! ist also die Parole dieses preußischen Polizeiministers. Aber es liegt System in diesem Vorgehen. Wie die Reichswehr, so soll auch die Schutzpolizei ein politisches Machtinstrument in den Händen der extremen reaktionären Offizierskaste werden. Den Schutzbeamten wird jede gemeinschaftliche Betätigung unmöglich gemacht. Sie sollen die willenlosen Werkzeuge ihrer Führer werden. Dieses Vorgehen ist zugleich auch ein Ausfluß der sich immer mehr zuspitzenden politischen Verhältnisse. Die Reaktion drängt auf eine offene Entscheidung. Republik oder Monarchie, diese Frage wird immer mehr akut, und die Reaktion weiß, daß sie in der entscheidenden Stunde nicht nur die Reichswehr, sondern auch die Polizei hinter sich haben muß. Aus diesem Grunde werden die Schutzbeamten rechtlos gemacht. Sie sollen, genau wie beim Kapp-Putsch, bedingungslos auf die Seite der Reaktion treten, sie sollen nicht die Möglichkeit haben, sich untereinander zu verständigen, um gegebenenfalls gegen die eidbrüchigen Offiziere vorgehen zu können. Das ist der Zweck der Uebung. Nur aus diesen Gründen werden die verfassungsmäßigen Rechte der Schutzbeamten immer mehr beschnitten.

Das wandernde Elend

Kopenhagen, 1. August.

Nach einer Meldung des Moskauer Blattes „Iswestija" beläuft sich die Zahl der hungernden Bewohner in Ostrußland, die auf Moskau zu marschieren, auf über 5 Millionen. Sie überschwemmen die Gouvernements Tambow, Pensa und Woronesch und bewegen sich ohne Aufenthalt vorwärts. Am 20. Juli erreichten sie die Stadt Tambow, nachdem sie die ihnen entgegengesandten Truppen in die Flucht geschlagen hatten. Sie plünderten alle Vorräte und töteten sämtliche Pferde der Kavallerie, der Feuerwehr und der Droschken. Die Untersuchung ergab, daß die Truppen, denen der Schutz der Stadt anvertraut war, sich geweigert hatten, auf die Menge zu schießen.

Zum Hunger die Cholera

Kopenhagen, 1. August.

„Politiken" wird aus Riga telegraphiert: Amtlich wird mitgeteilt, daß die Cholera im Gouvernement Samara furchtbar wüte. Allein in der Stadt Samara kommen täglich 400 neue Fälle vor. Eine ungeheure Anzahl flüchtender Eltern hat ihre Kinder zurückgelassen. Im Gouvernement Samara gibt es bereits über 40 000 solcher verlassener Kinder. Trotzki erklärte in einer Unterredung, daß das verbreitete Gerücht von einer Mobilisierung Sowjet-Rußlands gegen Polen, Rumänien und Lettland eine freche, imperialistische Lüge sei, da die Rote Armee zur Zeit drei- bis viermal geringer sei, als vor 8 Monaten. Dagegen würden viele neue Offiziersschulen errichtet, um die Schlagfertigkeit des Heeres zu verbessern.

Das amerikanische Hilfswerk für Rußland

EE. Washington, 2. August.

Der amerikanische Handelsminister Hoover telegraphierte dem Direktor des europäischen Ernährungsbureaus der Vereinigten Staaten Walter Lyman Brown in London, er möge sofort mit der Sowjetregierung in Verhandlung treten, um die Unterstützung durch Lebensmittel ins Werk zu rufen. Hoover erklärte, daß sofort nach Abschluß eines Vertrages Lebensmittel von Danzig nach Rußland abgehen würden. Da die amerikanische Regierung über genügend Lebensmittelvorräte verfüge, werde man sich wegen Geldunterstützung nicht an den Völkerbund wenden. Monatlich sollen bis zu 1 250 000 Dollars verwendet werden. Die ersten Schiffe würden wahrscheinlich nach Petersburg abgehen.

Die Neuwahlen zum thüringischen Landtag. Die Neuwahlen zum thüringischen Landtag finden am 11. September statt.

Vertrauensvotum für das italienische Kabinett. Der italienische Senat hat eine Tagesordnung angenommen, worin der Regierung mit 317 gegen 146 Stimmen bei 21 Stimmenthaltungen das Vertrauen ausgesprochen wird.

Der Führer der australischen Arbeiterpartei gestorben. T. J. Ryan, der Führer der australischen Arbeiterpartei, der von 1915 bis 1919 Ministerpräsident war, starb im Alter von 43 Jahren an Lungenentzündung, nach nur zweitägiger Erkrankung.

Eine amerikanische Handelsabordnung in Paris. Gegenwärtig befindet sich eine amerikanische Handelsabordnung in Paris, die die Aufgabe hat, Verhandlungen über die Aufhebung der Zollgrenze zwischen den Vereinigten Staaten und Europa zu verhandeln. Die Abordnung wurde von Briand persönlich empfangen.

Ausschreitungen tschechischer Legionäre. Die Wiener Blätter melden aus Aussig: Im Verlaufe einer von 1500 tschechischen Legionären veranstalteten Protestversammlung kam es zu Ausschreitungen gegen deutsche Passanten, die von den Tschechen verprügelt wurden, ohne daß die Polizei eingriff.

Paul Klee

Von Adolf Behne

Die Ausstellung einer großen Zahl von Zeichnungen, Radierungen, Aquarellen und Gemälden Paul Klees im „Sturm", Potsdamer Straße 134A, verdient sehr unsere Aufmerksamkeit. Sie läßt in einer fast lückenlosen Reihe den Weg Klees von seinen frühen, noch literarisch bestimmten, verzweiflungsvoll bizarren Radierungen zu seinen Aquarellen, unbeschreiblich reinen, geläutert stillen Lobliedern eines traumhaften Gleichgewichts erkennen — und zu seinen Gemälden, die doch kaum über die Graphik hinausgehen. Ein Studium dieses Weges ist sehr geeignet, in die neue Kunst einzuführen, gerade weil Klee ein Uebergang ist.

Niemand kann ernsthaft bestreiten, daß dem „Sturm" ein Hauptverdienst zukommt, wenn Paul Klee zu der ihm gebührenden Geltung gekommen ist. Der „Sturm" hat mit als erster und stets mit besonderem Nachdruck Klees kühn in eine unbekannte Welt der Linien, Farben und Formen — und der Beziehungen von Linien, Farben und Formen, vorstoßenden Aquarelle und Zeichnungen — damals Gegenstände allgemeinen Spottes — gezeigt und hat sie nicht nur „gezeigt", sondern, damals noch entschieden wertend, sie an ihren Platz gestellt. Er hat auch als erster ein sehr schönes Album mit Reproduktionen Kleescher Zeichnungen herausgebracht (Sturmbilderbuch 3). Nachdem das freudige Sich-Einsetzen einiger Freunde die Isolation Klees endlich durchbrochen hatte, interessierte sich plötzlich auch das Kunst-Kapital für den Künstler, und mit einem Schlage erschien auch eine ganze Paul-Klee-Literatur.

Wilhelm Hausenstein schrieb ein sehr gut, z. T. farbig, illustriertes Buch mit dem gezierten Titel „Kairuan oder die Geschichte vom Maler Klee und der Kunst dieses Zeitalters" (Kurt Wolff Verlag, München 1921). Der äußerlich gebliebene Versuch, über Klee im Stile Paul Klee zu schreiben, ist bös mißlungen — und mußte mißlingen. Denn Hausenstein ist ein kluger und verdienstvoller Schriftsteller, aber kein Dichter. Der Stil geschraubter Geistreichigkeit ist nicht der Stil Paul Klees. (Wer einen Maßstab haben will, der lese Paul Scherbarts „Cervantes" und dann wieder als Gegenbeispiel Eugen Monts „Paul Scherbart".) Ganz wundervoll ist freilich das Vorwort. Diese Sprache hat einen geheimnisvollen Gleichklang mit dem Werke Klees und ist eine Seite aus dem „Titan" des Jean Paul ... H. v. Wedderkop schrieb für Klinkhardt und Biermanns „Junge Kunst" ein Klee-Bändchen (Nr. 18). Hier heißt es auf S. 15 in einer kurzen Biographie „nach Angaben des Künstlers": „Eine neue Vereinigung „Sema" zog Klee zu sich, aber Kandinsky lenkte ihn gleich darauf wieder ab." „Klee reitet uns blau davon", sagten die Semiten. (Eine Anspielung auf Kandinskys Buch „Der blaue Reiter".) ... Ich schlage das Paul-Klee-Buch von Leopold Zahn auf (Verlag Gustav Kiepenheuer, Potsdam 1920). Da steht S. 11: „Eine neue Vereinigung „Sema" zog Klee zu sich, aber Kandinskij schreibt und Zahn Kandinsky. Uebringens ist das uns blau davon", sagten die Semiten. Der ganze Unterschied zwischen Wedderkop und Zahn besteht darin, daß Wedderkop Kandinskij schreibt und Zahn Kandinskij. Uebrigens ist das nicht die einzige Wortgleichheit sätzelang.

Ein solches Detail zeigt die Art, wie die Bücher gemacht werden, wenn der Held gerade Konjunktur hat. Daß das Zahnsche Buch sonst manchen gut durchdachten Abschnitt enthält, sei nicht verkannt. Die Arbeit der frühen Vorkämpfer für Klee scheint für Zahn freilich nicht zu existieren. Die lapidare Angabe am Schluß der Biographie: „Im Mai/Juni 1920 hat eine Ausstellung bei Goltz in München den ersten Gesamtüberblick über das Schaffen Klees" muß doch etwas falsche Vorstellungen erwecken. Und die Tatsache, daß der „Sturm" einige Uebersetzungen Delaunayscher Aufsätze aus dem Französischen Klee zu verdanken hat, scheint mir nicht so wichtig, wie die andere, daß Klee auch dem „Sturm" einiges zu verdanken hat — und, wie gesagt, zu einer Zeit, als Klee noch nicht ein Liebling des Kunsthandels war.

Der Einfluß der Farben auf das Gemüt

Ein englischer Gelehrter, Kemp Prossor, hat, wie wir im „Peuple" lesen, an das britische Ministerium des Innern als oberste Verwaltungsinstanz für Gefängniswesen eine Denkschrift gerichtet, deren Inhalt er gleichzeitig in der Londoner Presse veröffentlichte. Es handelt sich um die farbige Ausstattung der Gefängnisräume zwecks einer Beeinflussung des Gemütslebens der Insassen. Von dem Gedanken ausgehend, daß der Anblick von Farben und Schattierungen auf das physische und moralische Befinden des Betrachters von ganz bestimmt definierbarem Einfluß ist, will er die Dekoration der Gefängnismauern zur Besserung der Insassen ausnutzen. Es ist nach seiner Ansicht nicht gleichgültig, ob die Zellen von Untersuchungsgefangenen oder Sträflingen in blutrot, flaschengrün oder himmelblau ausgemalt sind; sie sind vielmehr der Mentalität und Moralität der Betreffenden anzupassen. Aus der langen Reihe seiner Vorschläge sei beispielsweise erwähnt, daß für vorsätzliche Gewalttat gelb, für Verbrechen aus Leidenschaft blau, für Betrug und Unterschlagung violett empfohlen wird. In besonderen Fällen kommen auch Zusammenstellungen verschiedener Farben in Betracht; für Falschmünzer z. B. schwarze und violette Streifen. Im übrigen müßte die praktische Erfahrung zu weiterem Ausbau der Idee im einzelnen leiten.

Mr. Kemp Prossor dürfte im Prinzip Recht haben. Daß Farben auf unser Gemüt wirken, ist unzweifelhaft. Der ältere Dumas schrieb anfänglich auf Rat von Dupreytrem nur auf blauem Papier und blieb dieser Gewohnheit sein Leben lang treu. Das übliche weiße Papier strengt die Augen an, verursacht Kurzsichtigkeit, ermüdet schließlich den Geist. Blaues Papier, das die Augennerven schont, wäre uns allen zu empfehlen. In England werden alle Schriftstücke der Behörden auf blauem Papier ausgeführt, dank dem praktischen Sinn der Briten.

Der Einfluß der Farbe auf die Nerven und damit auch auf das innere Leben des Menschen ist also sicher nachweisbar. Comfanpac erzählt, er habe bei einem Umzug sein Arbeitszimmer in einem Raum aufgeschlagen, den sein Vorgänger in Scharlachrot tapeziert hatte. Er hielt es nicht vier Wochen aus: Augenschmerzen, Migräne, Reizbarkeit, endlich völlige Arbeitsunfähigkeit waren die Folge. Ein befreundeter Arzt machte ihn auf den Grund aufmerksam. Ein Ersatz der Tapete durch eine solche in dunkelblauer Farbe beseitigte schnell die unbequemen Symptome. Gibt es also Farben von günstiger und ungünstiger Wirkung auf den Gemütszustand, so hat sicher Kemp Prossors Vorschlag viel für sich. Warum soll ein Anstrich in tiefem Orangegelb nicht die heftigsten Gemüter besänftigen können? Wichtig für die Verwaltung ist der Umstand, daß Mehrkosten nicht entstehen, da die Ausmalung der Räume doch in irgendeiner Farbe geschehen muß.

Vinlex.

Eine parlamentarische Gruppe von Kunstfreunden hat sich in Rom zur Förderung der wirtschaftlich bedrohten Kunst und Künstler gebildet. Vielleicht, so bemerkt dazu das „Kunstblatt", folgen die deutschen Reichstagsabgeordneten, die ihr Interesse an der Kunst durch die Einführung der Kunstluxussteuer bereits praktisch betätigt haben, dem Vorbild ihrer italienischen Kollegen und gründen einen — Klub der Antikunstfreunde.

Fernwirkung kranker Zähne. Erst vor kurzem hat man auf Grund der Erscheinung, daß einige innere Erkrankungen, wie Nierenerkrankungen, Muskel- und Gelenkrheumatismus, sehr oft gleichzeitig mit Zahnwurzelerkrankungen auftreten, einen engen ursächlichen Zusammenhang dieser Leiden mit den Zahnkrankheiten erkannt. Neuerdings hat sich aber gezeigt, daß auch dem alten Volksglauben vom Zusammenhang zwischen Augen- und Zahnleiden ein Stück Wahrheit zugrunde liegt und daß bei der Entstehung gewisser Augenkrankheiten kranke Zahnwurzeln mitwirken. Gutmann hat, wie er in der „Deutschen Med. Wochenschrift" ausführt, in jüngster Zeit mehrere solcher Fälle beobachtet. In einem Fall war z. B. eine Zahnfistel die Ursache einer schmerzhaften Geschwulst am Auge, die erst verschwand, als die Fistel geheilt war. Die Untersuchung

Riesenbetrug an der Berliner Arbeiterschaft

Von der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale geht uns folgender Aufruf zu:

Das große Werk der Hilfe, das unsägliches Leid gelindert, das den ärmsten unserer Genossen, den Familien der Inhaftierten, in schwer bedrängter Zeit, vor und nach der Revolution, die einzige Hilfe darbot: Die Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft, ist bestohlen und betrogen. Wir stellen heute fest, daß die nach der Abrechnung vom 15. April 1921 angeblich auf der Bank sein sollenden 345 329,50 Mark bereits am 18., 19., 20. November 1920 von den beiden kommunistischen Treuhändlern Paul Eckert und Karl Hagen **abgehoben wurden und verschwunden sind.**

Der Kassenbericht, der in der Generalversammlung der Betriebsräte Berlins am 6. Mai 1921 gegeben worden ist, war Lug und Trug. Die als Kassierer und Revisoren tätigen Genossen Adolf Baer, Paul Eckert, Otto Wendt, Karl Hagen und Hermann Walter haben frech und unverantwortlich die gesamte Arbeiterschaft belogen, und sie haben mit diesem lügenhaften Kassenbericht auch den dritten Treuhänder hintergangen, der alten Freunden und Kampfgenossen glaubte restloses Vertrauen entgegenbringen zu müssen.

Der Genosse Emil Barth, der von der Generalversammlung der Betriebsräte Berlins beauftragt war, dafür zu sorgen, daß die Unterstützungskommission paritätisch zusammengesetzt werden soll, hat dies zu vollbringen versucht. Die V. K. P. D. sträubte sich in mehreren Sitzungen, dem Beschluß der Generalversammlung zu entsprechen. Am 1. August 1921 fand die konstituierende Sitzung der neu gewählten Unterstützungskommission statt, die den Genossen Emil Barth zum Vorsitzenden und den Genossen Adolf Baer, trotzdem er nicht anwesend war, zum Kassierer bestimmte. Diese Sitzung beauftragte den Genossen Barth, Gelder der Unterstützungskommission insoweit zu sperren, daß sie **nur mit der Unterschrift aller drei Treuhändler abgehoben werden können.**

Als Genosse Barth heute früh nach der Bank kam, um dies dort mitzuteilen, erklärte ihm der Filialleiter, daß dies, da nur noch 250,50 M. als Bankguthaben vorhanden seien, doch nicht mehr zweckmäßig sei. Da nach oben genannter Abrechnung vom 15. April 345 329,50 M. vorhanden sein sollten, stellte Barth fest, **daß rund 345 000 M. unterschlagen sind.**

Wir warnen die Berliner Arbeiterschaft dringend, noch einen einzigen Pfennig an den Genossen Baer abzurechnen. Wir bitten ebenso dringend, alle noch vorhandenen Listen möglichst umgehend mit den gezeichneten Beträgen bei dem Genossen Richard Herbst, Berlin, Breite Str. 9, abzurechnen, ebenso leere Listen dort abzuliefern. Diese Einlieferung aller Listen ist dringend notwendig, um nunmehr von Anfang bis heute eine eingehende Nachprüfung aller vereinnahmten und verausgabten Gelder vorzunehmen.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale f. d. Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin. J. A.: E. Guiard.
Berliner Gewerkschaftskommission.
J. A.: Carl Vollmerhaus.
Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft.
J. A.: Emil Barth.

•

Die Feststellungen der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale bedürfen der eingehendsten Prüfung. Sollte es sich tatsächlich herausstellen, daß Eckert und Hagen die Gelder auf eigene Faust abgehoben haben, so wäre das schon für sich allein, ganz ohne Rücksicht darauf, was mit dem Gelde geschehen ist, eine Rücksichtslosigkeit und Unterhältigkeit ohnegleichen. Wir wollen die Ergebnisse der Untersuchung abwarten, die ohne alle Vertuschung zu erfolgen hat. Aber schon heute steht fest, daß auch dieser Fall erneut zeigt, daß jede Gemeinschaft mit den Kommunisten unmöglich ist, da die einfachsten Grundsätze von Redlichkeit, Treu und Glauben regelmäßig von ihnen umgestoßen werden.

Folgen der Hitze

Als Antwort auf die gewaltige Demonstration „Nie wieder Krieg" haben einzelne, besonders nationalistisch verblödete Gesellen aus Anlaß des siebenjährigen Jubiläums der Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich und Rußland den schwarz-weißroten Lappen herausgehängt. Wie das Wetterbureau mitteilt, hat die Hitze am heutigen Tage ihren Höhepunkt erreicht.

•

Die „Deutsche Zeitung" berichtet über „Kindermord in Sowjetrußland" wie folgt:

In Folge der schwierigen Ernährungsverhältnisse in St. Petersburg und Moskau wurden aus diesen Städten etwa 1000 Kinder nach Jartzyn geschickt und dort in einem Asyl untergebracht. Nachdem sie mit Pferdefleisch genährt wurden, erkrankten sie eines Tages an der Rotzkrankheit. Da wurden eines Abends alle Türen abgeschlossen, mit Petroleum begossen und angezündet und so die ganze Kinderschar eingeäschert. Hierbei darf nicht vergessen werden, daß 98 Prozent davon Proletarierkinder waren. So sorgen die Bolschewisten für das Volk!

So sorgt die Hitze für die weitere Verblödung der deutschen Zeitungsleser.

Steuerabzug vom Arbeitslohn

Ein wichtiger Erlaß

Zu Artikel III des Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohne vom 11. Juli 1921 ist der folgende wichtige Erlaß des Reichsministers der Finanzen vom 21. Juli 1921 ergangen:

Der Reichsminister
der Finanzen. Berlin, den 21. Juli 1921.
III. 22452.

Nach Artikel III Abs. 1 des Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. 7. 1921 (Reichsgesetzblatt S. 845) erhöhen sich in denjenigen Fällen, in denen Abzüge im Sinne des § 13 nicht schon beim Steuerabzug in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1921 berücksichtigt sind, die in § 46 Abs. 2 Nr. 3 vorgesehenen Ermäßigungen für den in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1921 gezahlten und bis zum 31. Oktober 1921 fällig gewordenen Arbeitslohn auf 0,40 M., 1,40 M., 8,40 M. oder 35 M.

In vielen Fällen sind dem Arbeitnehmer von seinem Arbeitslohne in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1921 die Beiträge nach § 13 Abs. 1 Nr. 3 (Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen) nur soweit abgesetzt und damit beim Steuerabzug berücksichtigt worden, als sie vom Arbeitgeber entrichtet und zu Lasten des Arbeitnehmers verrechnet worden sind. Wenn auch an sich nach dem Wortlaut der oben angeführten gesetzlichen Bestimmung in diesem Falle Abzüge im Sinne des § 13 in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1921 berücksichtigt worden sind, so will ich mich doch damit einverstanden erklären, daß die Absetzung von Beiträgen der in § 13 Abs. 1 Nr. 3 genannten Art vom Arbeitslohne in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1921 der Zulassung der höheren Ermäßigungen von 0,40 M., 1,40 M., 8,40 M. oder 35 M. für den in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1921 gezahlten und bis zum 31. Oktober 1921 fällig gewordenen Arbeitslohn nicht entgegensteht. **Es sind demnach die höheren Ermäßigungen von 0,40 M., 1,40 M., 8,40 M. oder 35 M. für den in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1921 gezahlten und bis zum 31. Oktober 1921 fällig gewordenen Arbeitslohn auch dann zuzulassen, wenn in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1921 Beiträge der in § 13 Absatz 1 Nr. 3 genannten Art bei dem Steuerabzug berücksichtigt worden sind.**

Ich ersuche hiernach das Weitere umgehend zu veranlassen.

In Vertretung: gez. Zapf.

An die Landesfinanzämter.

Durch diesen Erlaß des Reichsfinanzministers werden hie und da bestehende Zweifel, in welchen Fällen der erhöhte Abzug für Werbungskosten vorzunehmen ist, beseitigt. Ueberall also, wo bisher die Werbungskosten nicht voll abgezogen worden sind, ist jetzt in der Zeit vom 1. August bis zum 31. Oktober der erhöhte Abzug zulässig. Die Betriebsräte müssen nun darauf achten, daß das auch überall geschieht.

Der türkisch-russische Vertrag. Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat die türkische Nationalversammlung den im März 1921 gezeichneten türkisch-russischen Vertrag mit 207 gegen eine Stimme ratifiziert.

Der Freistaat Danzig

Danzig, 1. August.

Die Interalliierte Kommission für die Verteilung des ehemaligen Reichs- und Staatseigentums hat dem Senat der Freien Stadt Danzig die ersten Entscheidungen bekanntgegeben. Weitere Entscheidungen werden voraussichtlich in den nächsten Tagen mitgeteilt werden können. Ueber wichtige Fragen wird eine Stellungnahme der Kommission zur Zeit noch nicht erfolgen, z. B. über die Zuteilung der Danziger Werft, der gesamten Eisenbahnen u. a. Die Kommission wird am Sonnabend Danzig verlassen und voraussichtlich im Oktober zurückkehren. Der Freien Stadt Danzig sind u. a. zugeteilt: Das Polizeigefängnis, das Polizeipräsidium, das Stadttheater, das alte Steuerhaus und das Postgebäude. Ferner ist der Freien Stadt Danzig die Technische Hochschule unter Bedingungen zugeteilt, die in einem Uebereinkommen zwischen dem Danziger Vertreter Präsident Sahm und dem polnischen Vertreter niedergelegt sind. Danach erklärt sich der Senat der Freien Stadt Danzig bereit, die Interessen der Studierenden polnischer Staatsangehörigkeit an der Technischen Hochschule in der Weise sicherzustellen, daß er sich verpflichtet, an der Technischen Hochschule ein Lektorat für polnische Sprache und Literatur in der Art der bestehenden Lektorate zu errichten und dem Lektor einen Lehrauftrag zur Abhaltung polnischer Unterrichtskurse zu erteilen. Ferner stellt der Senat in Aussicht, daß an der Technischen Hochschule eine Vorlesung über Wirtschaftsgeographie Polens eingerichtet wird. Schließlich verpflichtet sich der Senat, dafür zu sorgen, daß die Technische Hochschule für die besonderen Bedürfnisse der polnischen Staatsangehörigen die erforderlichen Bücher und Lehrmittel beschafft. Die Regierung der Republik Polen wird dem Senat jeweils entsprechende Vorschläge machen.

Die Danziger Gewehrfabrik ist auf Beschluß des Völkerbundrates geschlossen worden. Infolgedessen sind gegen 1300 Arbeiter, Angestellte und Beamte entlassen worden.

Weiter wird der Freien Stadt Danzig zugestanden: Die Artilleriewerkstatt einschließlich des Geländes, der Gebäude und der dort befindlichen Maschinen, die Gebäude der Gewehrfabrik, die beiden Husarenkasernen, die Trainkaserne, das Traindepot, das Proviantamt, die St. Elisabethkirche, das Konsistorium sowie der nördliche Teil des großen Exerzierplatzes in Landfuhr mit Ausnahme eines Geländestreifens von 50 Meter Breite entlang der Eisenbahn.

Dem Hafenausschuß sind zugeteilt: das Hafenamt, das Hafenbauamt, das Lotsenamt mit dem Gelände und dem dazu gehörigen Inventar. Außerdem sind ihm zugeteilt das Gelände nördlich des Freihafens und südlich des Brösener Wäldchens einschließlich eines Geländestreifens von 20 Meter Breite zur eventuellen Weiterführung und Erweiterung der Eisenbahn, das Marinekohlenlager mit Ausnahme der Tanks und Behälter für Petroleum einschließlich der Koksbrennmaschinen und Leitungseinrichtungen, das Gelände südlich des Weichselbahnhofs, das der Weichselstrom-Bauverwaltung gehörte, sowie zwei in Neufahrwasser gelegene Häuser. Diese Zuteilung ist unter dem ausdrücklichen Vorbehalt gemacht, daß, wenn ein Teil dieser Gelände endgültig dazu bestimmt wird, als Lagerplatz für den Transport und die Lagerung der für Polen bestimmten Division und als Anlegeplatz für die polnische Flotte gemäß den Resolutionen des Völkerbundstates zu dienen, der Hafenausschuß alle notwendigen Maßnahmen treffen müsse, um das ihm zugeteilte Gelände zur Verfügung zu stellen. Dem Hafenausschuß sind ferner von jetzt ab zugeteilt die Nutznießung über die Verwaltung folgender Güter: 1. Westerplatte, 2. Weichselmünde mit Ausnahme der Forts und des diese umgebenden Grabens, 3. der Munitionshafen mit Ausnahme des Geländes, das gegenwärtig von den polnischen Rückwandererlagern benutzt wird, 4. die Holm-Insel mit Ausnahme des Teiles, der der Werft eingeräumt ist.

Eine Panama-Affäre in Budapest

Der U. K. wird aus Budapest geschrieben: Die ungarische Nationalversammlung, die vielleicht als einziges Parlament in Europa noch immer nicht in die Sommerferien gegangen ist, beschäftigte sich in ihren letzten Sitzungen wiederum mit einigen Korruptionsangelegenheiten. Die sensationellste darunter ist der Zusammenbruch der „Nationalen Arbeiter-Partei". Diese Partei ist, wie Abgeordneter Rupert dem Hause bewies, nach dem Zusammenbruch des Bela Khun-Regimes mit Regierungsgeldern begründet worden, um die Sozialdemokratie zu schwächen. Sie konnte aber trotz reichlichster Subventionen keine nennenswerte Mitgliederzahl gewinnen. Darauf stellte die Regierung zehn Millionen Kronen zur Gründung einer Zeitung zur Verfügung. Einer der Mittelsleute der Regierung bei diesem Unternehmen glaubte sich übervorteilt und erhob größere Geldansprüche. Er wandte sich mit seinen Forderungen an ein Offiziersdetachement, das gleichfalls in die Angelegenheit verwickelt war. Die Offiziere lockten den lästigen Mahner in eine Stube, schlugen ihn dort halbtot und warfen ihn die Treppe hinunter. Aus Rache brachte der so Mißhandelte die Affäre durch den Mund des Abgeordneten Rupert in die Oeffentlichkeit. Die Regierung ist durch diese Angelegenheit stark kompromittiert. Die „Nationale Arbeiter-Partei" aber ist infolge der Enthüllungen völlig zusammengebrochen.

Die amerikanische Volkszählung

DA. Washington, 1. August.

Die Volkszählung von 1920 in den Vereinigten Staaten, die nunmehr statistisch ausgearbeitet ist, hat ergeben, daß von der Bevölkerung 94 822 431 Personen der weißen, 10 463 013 der schwarzen Rasse angehören, außerdem zählte man 242 959 Indianer, 111 025 Japaner, 61 636 Chinesen und 9485 Angehörige anderer Rassen. Das japanische Element — hauptsächlich an der Küste des Stillen Ozeans ansässig — hat in dem Jahrzehnt von 1910 bis 1920 eine Zunahme um 53,9 Prozent erfahren. In Kalifornien, wohin im Laufe des Jahrzehnts 38 868 Japaner einwanderten, zählte man am 1. Januar 1920 deren 71 952. Der Rest verteilt sich auf die Staaten Washington, wo gegenwärtig 17 598 leben, Oregon, das 8151 aufweist, ferner Utah, Colorado und New York, wo man 2000—3000 zählte. Die weiße Rasse hat im Laufe des Jahrzehnts nur um 10 Prozent zugenommen, die schwarze um 6,5 Prozent, die Indianer um 8,6 Prozent und die Chinesen um 13,8 Prozent. Im vorhergehenden Jahrzehnt hatte sich die weiße Bevölkerung um 22,3 Prozent erhöht. Die Verminderung der Zunahme ist, wie der offizielle Bericht feststellt, der Verringerung der Einwanderung infolge des Krieges zuzuschreiben.

Arbeitslosenunruhen in Brüssel. Am Montag mittag sind nach einer Arbeitslosenversammlung eine Anzahl Manifestanten in die Sitzung des Brüsseler Gemeinderates eingedrungen. Da der Bürgermeister sich weigerte, die Manifestanten anzuhören, kam es zu Tumulten, so daß die Sitzung aufgehoben werden mußte. Laut „Peuple" wurden zwei Verhaftungen vorgenommen.

Hinausschiebung des Lohnabbaues in der französischen Textilindustrie. Auf Grund einer Intervention haben sich die Arbeitgeber der Textilindustrie von Roubaix entschlossen, die für den 1. August vorgesehene Lohnreduktion auf den 15. August zu verschieben. Die Delegierten der Syndikate haben infolgedessen den geplanten Generalstreik verschoben.

Junggesellensteuer in Georgien. Die selbständige Vertretung des Staates Georgien beschloß, eine jährliche Steuer von fünf Dollar für Junggesellen über dreißig Jahre einzuführen.

---

ergab hierbei, daß zwischen den Zahn- und den Augenhöhlen eine direkte Verbindung durch die Venen besteht; ist nun eine Zahnwurzel erkrankt, so kann es leicht geschehen, daß es innerhalb der Augen und Zähne verbindenden feinen Venenstämmchen zu Zirkulationsstörungen kommt, was dann als Fernwirkung eine Miterkrankung des Auges zur Folge hat.

Auch die Ueberbrückung einer anscheinend toten Zahnwurzel mit einer Goldkrone schützt nicht vor dieser fatalen Fernwirkung. Wie ein Fall gezeigt hat, war gerade der Verschluß der Wurzel durch die Goldkrone die Ursache, daß das in der kranken Zahnwurzel gebildete Sekret nicht nach außen abfließen konnte und daß der Giftstoff deshalb auf dem Weg der Venenverbindung bis zum Augenrand verschleppt wurde, wo er alsbald eine sehr unangenehme Lidschwellung hervorrief. Jedenfalls wird es bei der Behandlung derartiger wie auch bei der der oben genannten inneren Erkrankungen immer gut sein, zunächst die Zähne gründlich zu untersuchen, da besonders kranke Zahnwurzeln einen beständigen Eiterherd bilden.

Können Pflanzen das Wetter voraussagen? Nach dem Volksglauben sollen gewisse Pflanzen, die man als Wetterpflanzen bezeichnet, die Eigenschaft besitzen, die kommende Witterung zu erkennen und durch Gestaltsveränderungen auch äußerlich kundzugeben. In der Tat kann man an einigen Gewächsen eine außerordentlich feine Empfindlichkeit für den jeweiligen Feuchtigkeitsgehalt der Luft und gleichzeitig damit eine Reaktionsfähigkeit beobachten, die sich durch bestimmte Bewegungen dieser Pflanzen äußert. Sehr häufig kommt es auch vor, daß die Feuchtempfindlichkeit der Wetterpflanzen erst im abgestorbenen oder vertrockneten Zustand auftritt und zwar in diesem Falle als Folge von Spannungserscheinungen zwischen zwei nebeneinanderliegenden Gewebeschichten, die sich beim Eintrocknen zusammenziehen und bei Befeuchtung wieder ausdehnen, wie man es z. B. an manchen Kapselfrüchten sehen kann.

Am deutlichsten und sichersten soll man das Wetter am Verhalten der Wetter- oder Silberdistel (Carlina acaulis) voraussehen können, die bei schönem Wetter die glänzendweißen Hüllschuppen ihrer ungestielten Blütenköpfe strahlenförmig auseinander legt, während sie sie bei trüber Witterung zu einer länglichen Kugel zusammenschließt. Ein anderer, ebenso sicherer Wetterprophet soll der Erdstern (Seaster hygr.) sein, ein zu den Bauchpilzen gehörender, etwa walnußgroßer kugelförmiger Pilz, dessen äußere Peridien sich indes im Gegensatz zur Wetterdistel bei Feuchtigkeit sternförmig ausbreiten und bei Trockenheit kugelig zusammenlegen. Bei anderen Wetterpflanzen sind es wieder einzelne Teile, an deren jeweiliger Stellung man die Wetteraussichten erkennen will, so beispielsweise die zarten Grannen der Teilfrüchte des Reiherschnabels wie auch die Grannen des Federpfriemengrases, der Gerste und des Hafers, die sich bei trockenem Wetter korkzieherartig aufrollen und bei Nässe ausstrecken. Das einzige, was man nun an allen diesen Wetterpflanzen erkennen kann, ist also immer nur der augenblickliche Feuchtigkeitsgehalt der Luft, der allerdings vor Eintritt eines Regens größer ist, so daß man, wenn die Pflanze ihre Feuchtigkeitsreaktion wahrnehmen läßt, allenfalls Regenwetter prophezeien kann. Das ist aber auch alles. Wirklich wertvolle Voraussagen für die kommende Witterung kann man dem Verhalten jener Pflanzen niemals entnehmen, schon deshalb nicht, weil sie für die Luftdruckverhältnisse, die aber gerade das wichtigste Kennzeichen jeder Witterungsveränderung bilden, keine Empfindlichkeit äußern. Als Feuchtigkeitsmesser können die sogenannten Wetterpflanzen, zu denen übrigens auch die bekannte Jerichorose gehört, mit vollem Recht gelten, als Wetteranzeiger jedoch nie und nimmer.

Die Bakterien des Papiergeldes. Daß unser derzeitiges Geld einen der gefährlichsten Bazillenträger bildet, ist seit langem bekannt und durch viele Untersuchungen im einzelnen nachgewiesen. Mit der zunehmenden Verbreitung des Papiergeldes hat sich dieses Uebel natürlich nicht verringert. So hat eine vor kurzem in Italien vorgenommene Untersuchung ergeben, daß sich auf einem Ein- oder Zwei-Lireschein im Durchschnitt 100 Millionen Bakterien befinden. Diese Zahl stieg in einzelnen Fällen bis auf 150 Millionen. Außer Bazillen gewöhnlicher, harmloser Art fand man die verschiedensten Krankheitskeime, besonders Eitererreger der verschiedensten Art.

Ein Tier, das nicht trinkt. Die Strauße im Londoner Zoologischen Garten haben einen Rekord aufgestellt: sie haben seit einem ganzen Jahre nicht getrunken. Früher hatten die Strauße einen stets reichlich gefüllten Wasserbehälter in ihrem Käfig, bis der Straußensachverständige der südafrikanischen Regierung, Prof. J. E. Duerden, den Zoo besuchte. Er riet, man solle das Wasser ruhig aus dem Käfig herausnehmen; denn diese Vögel brauchten nicht zu trinken und befänden sich dabei sehr wohl. Nun haben die Strauße schon ein ganzes Jahr lang keinen Tropfen Flüssigkeit zu sich genommen. Der Wassergehalt des grünen Gemüses, das sie erhalten, genügt ihnen augenscheinlich vollständig. Um die sprichwörtliche Kraft des Straußenmagens zu erproben, werden den Tieren von den Besuchern die merkwürdigsten Dinge zu fressen gegeben. Die Verwaltung bittet aber, ihnen keine Kupfermünzen zu verabfolgen, da diese im Magen Grünspan ansetzen und so schädlich wirken. Silber- und Goldmünzen können sie gut vertragen. Doch hat man dafür ja meistens bessere Verwendung.

Kieler Herbstwoche. In Kiel findet vom 9. bis 18. September wieder eine Herbstwoche für Kunst und Wissenschaft statt. Zahlreiche Festaufführungen in den Theatern, wissenschaftliche Vorträge, Ausstellungen und eine Nordische Messe bilden das Programm. Aufgeführt werden u. a. die Nibelungen von Hebbel, Werke von Goethe, Mozart, Verdi, Wagner, Carl Hauptmann u. a. Im Gewerkschaftshaus spricht Professor von Laue über das „Physikalische Weltbild der Gegenwart", Professor Zenneck über „Moderne Methoden der drahtlosen Telegraphie". Auch sonst enthalten die Programme noch manches Interessante und sie zeigen auch die Absicht, moderne Ideen zu verarbeiten. Der ganze Charakter ist aber bürgerlich und eine einheitliche Idee fehlt.

Groß-Berlin

Das erste Müllkraftwerk in Berlin

Auf Veranlassung des Bürgermeisters Berndt fand am 27. Juli eine Besichtigung des Müllkraftwerks Schöneberg durch das Bezirksamt und die Bezirksversammlung des 11. Bezirks (Schöneberg-Friedenau) statt. Die Führung in der Anlage hatte der Dezernent — Herr Baurat Schiller — übernommen.

Den Besuchern wurde die Anlage im Betriebe vorgeführt: Das Müll wird in den Häusern in runden Gefäßen von 110 Litern Inhalt gesammelt, die abgeholt und in der Anstalt mechanisch ohne Staubentwicklung entleert werden. Nach der Entleerung wird jede Tonne gewaschen und gebürstet, so daß stets nur sauber gereinigte Gefäße in den Häusern aufgestellt werden. Das Müll gelangt dann ohne besondere Sortierung automatisch in den Verbrennungsofen. Hier wird es einem neuartigen Treppenrost, der zum ersten Male angewendet wird, kontinuierlich zugeführt und verbrennt unter Zuführung von komprimierter Luft zu einer festen harten Schlacke, die von dem Ofen automatisch ausgestoßen wird. Von dem Ofen gelangt die Schlacke durch Steinbrecher in eine neben dem Müllkraftwerk befindliche Steinfabrik, in welcher sie zu Kunststeinen aller Art verarbeitet wird.

Die Heizkraft des Mülls wird dazu benutzt, um in einem großen Steilrohrkessel Dampf von hoher Spannung zu erzeugen, welcher in das benachbarte Elektrizitätswerk Südwest geleitet und dort zum Betrieb der Dampfturbinen benutzt wird. Auf diese Weise ist es möglich, den zum Betrieb des Elektrizitätswerkes erforderlichen Dampf anstatt aus Kohlen aus Müll zu erzeugen. Hierin liegt ein gewaltiger technischer Fortschritt, der für die große Stadtgemeinde Berlin außerordentliche finanzielle Vorteile bringen kann.

Die Anlage, die sich äußerlich als architektonisch wohlgelungenes Bauwerk präsentiert, fand um so mehr den ungeteilten Beifall der Besucher, als sich der Betrieb in der Anstalt in hygienisch einwandsfreier Weise vollzieht. Das Werk soll am 1. Oktober 1921 in vollen Betrieb genommen werden.

Eine Statistik des Elends

Im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht Regierungsrat Dr. Krause vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung eine Statistik der langfristig Erwerbslosen. Von der Gesamtzahl aller unterstützten Erwerbslosen, die im Reiche am 1. Mai 400 097 betrug, waren mehr als ein Fünftel, nämlich 90 871, seit länger als sechs Monaten erwerbslos und damit dem körperlichen und seelischen Leiden dieses Dauerzustandes ausgesetzt.

Besonders ungünstig liegen die Verhältnisse in Groß-Berlin. Hier betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen am 30. April 136 394. Davon waren nicht weniger als 43 914 oder 32 Prozent länger als sechs Monate erwerbslos, also fast ein Drittel aller Erwerbslosen. Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. Sie beweisen, daß gerade in der Einheitsgemeinde Groß-Berlin mehr als irgendwo anders eingegri[illegible] werden muß, um das unerträgliche Elend der langfristi[illegible] Erwerbslosen zu beseitigen.

Die Notstandstarife für Zeitkarten

Wie im Fernverkehr treten auch im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr vom 1. September ab neue ermäßigte Preise bis auf weiteres in Kraft. Nachdem nunmehr der Reichsverkehrsminister die neuen Sätze genehmigt hat, werden sich im Vorortverkehr die Preise der Monatskarten um 20 vom Hundert ermäßigen. Der Mindestfahrpreis für die Monatskarte 3. Klasse wird sich danach auf 20 Mark stellen, die Monatskarte 2. Klasse, die heute 40 Mark kostet, ab 1. September 32 Mark. Eine wesentlich höhere Ermäßigung wird in bezug auf die Preise der Wochenkarten eintreten. Bisher ergab sich der Preis für die Wochenkarten dadurch, daß der Preis für die Monatskarte durch 3 geteilt wurde. Der Notstandstarif, der zum 1. September eingeführt werden soll, sieht für die Berechnung des Preises eine andere Grundlage vor. Der neue um 20 v. H. ermäßigte Satz der Monatskarte der entsprechenden Strecke wird durch 4 geteilt und ergibt den neuen Preis der Wochenkarte. Die Wochenkarte für die Mindestentfernung, die bisher 8,50 Mark kostete, wird vom 1. kommenden Monats, ab also nur noch 5 Mark kosten. Ebenso wie die Monats- und Wochenkarten, werden auch die Schülermonatskarten um 20 vom Hundert im Preise heruntergesetzt. Die Schülermonatskarte 2. Klasse für die Mindestentfernung wird 16, in der 3. Klasse 10 Mark kosten.

Soziales aus Friedenau. Uns wird geschrieben: In dem Stallgebäude des Hauses Bismarckstr. 15 bewohnt seit 2 Jahren ein 73 Jahre alter Rentenempfänger Kretschler mit seiner 79jährigen kränklichen Ehefrau eine Wohnung, bestehend aus Stube und Küche. Der alte gebrechliche Mann erhält eine monatliche Invalidenrente von 84 M. Um mit seiner Frau auch nur vegetieren zu können, zahlt die Gemeinde ihm eine kleine laufende Armenunterstützung. Durch die Not der Zeit gezwungen, nahm das Ehepaar einen in Arbeit stehenden Neffen, einen ehrlichen Bäckergesellen, zu sich in Schlafstelle, doch dem Hausbesitzer, einem Herrn Lewald, der die ansehnliche Villa vor Jahresfrist erworben hat, ist dieses „Idyll nicht angenehm. Indem er sich zunächst selber vor zwangsweiser Zuweisung anderer Mieter dadurch zu schützen wußte, daß er Zwischenwände entfernen ließ, um so weniger Zimmer zu haben, verlangt er von K. auf Grund des Mietsvertrages Entfernung des Schlafburschen. K. erhob beim Mieteinigungsamt Beschwerde. Dieses hat unter Vorsitz des früheren Friedenauer Bürgermeisters Walger „den Antrag auf Erstattung der Aftermietung abgewiesen", später, unter Vorsitz eines anderen Herrn, „die Zustimmung zur Kündigung zwecks Räumung erteilt". Das Amtsgericht Schöneberg hat nun auf Antrag des Hausbesitzers den alten Mann am 28. 7. zur Räumung verurteilt; am 29. 7. läßt der Herr Hauswirt dem Mieter sogar das Wasser absperren. Bemerkenswert ist, daß die Miete stets bezahlt wurde. Die Folge davon ist nun, daß die Leute, welche 30 Jahre Friedenauer Bürger sind, auf die Straße gesetzt werden. Was gedenkt das Wohnungsamt hierzu zu tun?

Eine Wanderfahrt nach Neu-Ruppin und der Ruppiner Schweiz veranstaltet ein Berliner Distrikt am 14. August. Dabei ist auch ein Besuch unserer Ortsgruppe Neu-Ruppin vorgesehen, die an diesem Tage ein Sommerfest veranstaltet. Bei größerer Beteiligung tritt eine erhebliche Fahrpreisermäßigung ein. Die Genossen hoffen, daß die Berliner die Gelegenheit zu einem Besuche der schönen Umgebung Neu-Ruppins wahrnehmen, und sich zahlreich beteiligen. Meldungen müssen umgehend erfolgen an Oskar Schliep, N. 39, Kiautschoustraße 1. Die Distrikte werden zu gemeinsamer Beteiligung aufgefordert.

Die Verletzten von Angermünde. Die Aufräumungsarbeiten an der Unfallstelle wurden im Laufe des Montags mit aller Kraft betrieben, so daß man damit rechnet, den Verkehr in beiden Richtungen in der Nacht zum Dienstag wieder freigeben zu können. Die Namen der im Angermünder Krankenhause liegenden Schwerverletzten sind: Heinrich Metzner, Berlin, Werneuchener Str. 15, Stadtrevisor Emil Hoppe, Berlin-Schöneberg, Schulrat Dr. Lorenz, Berlin-Lichterfelde, Dr. Conerts, Greifswald, und Suckrow, Berlin-Charlottenburg. Die Verwundeten haben größtenteils Arm- und Kopfwunden davongetragen. Ihr Befinden gibt jedoch zu keinem Bedenken Anlaß. Der Verkehr von und nach Stettin mußte während des ganzen Tages über Eberswalde umgeleitet werden, was zu erheblichen Verspätungen führte. Seitens der Eisenbahndirektion Stettin ist eine Untersuchung über den Unfall eingeleitet worden, deren Ergebnis jedoch noch nicht feststeht.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Mittwoch. Zunächst sehr warm und schwül, überwiegend heiter, bei ziemlich leichten südlichen Winden. Nachher zunehmende Bewölkung. Gewitter nicht ausgeschlossen.

Gewerkschaftliches

Beendigung der Lohnbewegung im Metallhandel

Ein Beispiel dafür, daß der Arbeitgeberverband des Großhandels auch einmal schnell arbeiten kann, ist die Bewegung im Metallhandel. Am 8. Juli hatten wir eine 20prozentige Lohnforderung eingereicht. In den Verhandlungen ist dann eine Einigung auf der Basis des Tarifes im Eisenhandel zustande gekommen mit der Maßgabe, daß eine Umgruppierung der Sortierer und der qualifizierten Arbeiter von Gruppe III nach Gruppe II stattfand. Die Gruppenversammlung nahm dieses Angebot gegen eine größere Anzahl Stimmen an. Etwas Merkwürdiges ereignete sich dann allerdings bei der Unterzeichnung des Vertrages. Während es sonst im Arbeitgeberverband des Großhandels üblich ist, daß alle Verträge durch den Syndikus Dr. Engel unterzeichnet werden, hat man diesmal den Vorsitzenden der Fachgruppe, Herrn Heilbronner, unterschreiben lassen.

Der Zweck dieser Maßnahme ist allerdings recht durchsichtig. Herr Dr. Engel vertritt das Prinzip, daß die Tarife des Großhandels 300 M. nicht erreichen dürfen. Der Tarif im Metallhandel erreicht, ja überschreitet teilweise diesen Satz. Nun will man auf Verhalten dieses Vertrages bei den anderen Fachgruppen sagen können: „Ja der Vertrag im Metallhandel ist nicht mit uns, sondern mit der Fachgruppe geschlossen worden." Um dieses Argument von vornherein hinfällig zu machen, stellen wir fest:

1. Die Verhandlungen im Metallhandel sind auf Arbeitgeberseite von Herrn Dr. Engel, Syndikus des Groß-Berliner Arbeitgeberverbandes des Großhandels, geführt worden.
2. Der Vertrag trägt folgende Unterschrift: „Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels, Gruppe Metallhandel. Der Vorsitzende der Fachgruppe Hugo Heilbronner."

Damit ist der Beweis erbracht, daß der Arbeitgeberverband des Großhandels diesen Vertrag abgeschlossen hat. Wir empfehlen allen Gewerkschaftsgenossen diese Feststellung zur besonderen Beachtung. Alle näheren Auskünfte erteilt Kohlschmidt, Engelufer Nr. 14-15, v. 2 Tr., Zimmer 32.

Fortbildungskurse für Angestellte der Versicherungsträger

Die gesetzlichen Bestimmungen für die Abwicklung der Geschäfte in den Krankenkassen und den übrigen Versicherungsträgern sind sowohl nach der RVO. wie nach den während des Krieges und in der Nachkriegszeit herausgekommenen Verordnungen und Erlassen so umfangreicher und mannigfacher Natur, daß zur Beherrschung des Stoffes eine gutgeschulte Angestelltenschaft nötig ist. Leider konnte bei Neueinstellungen nicht immer die fachliche Eignung der einzelnen Angestellten so, wie es nötig gewesen wäre, geprüft werden. Anderenteils können neben guten Praktikern und schlechten Theoretikern wieder gute Theoretiker sitzen, die schlechte Praktiker sind. Für die Schulung der Angestellten konnte bisher offiziell wenig getan werden. Lehrmaterial ist nur in geringem Maße und wenn es vorhanden ist, nur zu kaum erschwinglichen Preisen zu beschaffen. Diesem Uebelstand soll jetzt etwas gründlicher abgeholfen werden. Die Arbeitsgemeinschaft von Reichsversicherungsträgern hat unlängst beschlossen, Fortbildungskurse für Angestellte einzurichten. Die Vortragenden werden erste Fachleute auf dem Gebiet der Sozialversicherung sein. Als Hörgebühr wird zweifellos der Satz von 10 Mark für den ganzen Kursus erhoben werden. Abgehalten werden die Kurse in Hörsälen Berliner Schulen, vielleicht im Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstraße, und im Gymnasium in der Elisabethstraße. Die Angestellten der Versicherungsträger und sonstige Beteiligte aus der Krankenversicherung tun gut, sich wegen Teilnahme an den Kursen an den Zentralverband der Angestellten, die Beamten der Landesversicherungsanstalt und der Reichsanstalt für Angestelltenversicherung an ihren Betriebsrat zu wenden, um rechtzeitig Teilnehmerkarten zu erhalten.

Wohnungsreparatur aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge in Groß-Berlin

Die Aktion, Arbeitslose unter Zuschuß aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge mit Wohnungsreparaturen zu beschäftigen, zeigt in Berlin erfreuliche Fortschritte. Anfänglich bestand in Handwerkerkreisen eine starke Abneigung gegen diese Aktion überhaupt. Erst als das Landesarbeitsamt dazu überging, auch dann Reparaturarbeiten zu bezuschussen, die von Arbeitslosen unmittelbar, also unter Umgehung des Handwerksmeisters, übernommen waren, gaben die Unternehmer den Widerstand auf und bemühten sich in steigendem Maße um die Zuschüsse.

Während in den Monaten November 1920 bis Januar 1921 die Summe der gearbeiteten Werktage unter 10 000 im Monat blieb, nämlich 5300, 6866 und 8396, stiegen die Monatszahlen von da recht schnell. Der Februar 1921 brachte 11568 Tage, dann 20 617, 28 361, 37 007 Tage und erreichte im Juni 1921 bereits 42 992 Arbeitstage. Im ganzen wurden bis Ende Juni 161 782 Arbeitstage bezuschußt. Dieses bedeutet für rund 6500 Arbeitslose Beschäftigung für je ein halbes Jahr.

Den stärksten Anteil zeigen naturgemäß die Maler mit über 57 000 Tagen. Das engere Baugewerbe (Maurer, Hilfsarbeiter, Putzer und Zimmerer) weisen zusammen fast 73 000 Tage auf. Dachdecker 8500 Tage, Gerüstbauer 5100 Tage, Klempner 5400 Tage, Töpfer 2962 Tage. Dagegen erscheinen die auf Tischler und Tapezierer entfallenden Tage mit 1954 und 1823 Tagen recht gering.

Der Zuschuß beträgt für Tag und Arbeiter rund 32 M. Nach den neuerlichen Bestimmungen wird für langfristige Arbeitslose ein höherer Zuschuß ausgeworfen. Es ist nur zu wünschen, daß allgemein von dieser Aktion ein noch viel weiterer Gebrauch gemacht würde. Die Arbeitslosen könnten zum eigenen Vorteil noch sehr viel zur Propagierung der Wohnungsreparatur mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge tun.

Parteiveranstaltungen

Dienstag, 2. August

Belz. Funktionärsitzung bei Kipf, Chausseestr. 84. Alle Funktionäre müssen erscheinen.

Mittwoch, 3. August

20. Verwaltungsbezirk. Frauen und Kinderschutzkommissionen. Abends 7½ Uhr Sitzung im neuen Verwaltungsgebäude Reinickendorf, Hauptstraße, Zimmer 23. Jeder Ort muß vertreten sein.

7. Distrikt (Wedding), 2. Abteilung. 7 Uhr Funktionärsitzung bei Hollich, Stralsunder Str. 43.

13. Distrikt. Abends 8 Uhr Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderschutzkommissionen bei Höhne, Stolpische Str. 37.

Vereinskalender

Mittwoch, 3. August.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Abends 5 Uhr Versammlung der Vertrauensleute der Maschinisten und Heizer in der Metallindustrie bei Schulz, Am Königsgraben 2, im kleinen Saal. Tagesordnung: Unsere Lohnforderung. Der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend ist es Pflicht eines jeden Vertrauensmannes, pünktlich zu erscheinen, evtl. Vertretung zu entsenden.

Zentralverband der Angestellten. Papier, Graphisches Gewerbe. 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Englischen Hof, Alexandrinenstr. 27c.

Soz. Proletarierjugend, Agitationsbezirk Osten, umfassend die Gruppen Lichtenberg, Stralau, Osten, Nordosten, Prenzlauer Berg und Weißensee. ½8 Uhr Sitzung der Vorstände der einzelnen Ortsgruppen im Sekretariat. Tagesordnung: 1. Berichte der Ortsgruppen. 2. Aussichten für unser Arbeiten.

Donnerstag, 4. August

Internationaler Bund der Kriegsopfer, Ortsgruppe Süden. Abends 7 Uhr Generalversammlung im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: Gerhart Seger, Mahlsdorf-Süd bei Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kamerner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Gute billige Bücher
für
Reise und Sommerfrische

Wir Männer vom Steinbruch
Von Max Dortu . . . . . Preis 10.— Mk.
Der Hochwald
Von Adalbert Stifter . . . . . Preis 1.50 Mk.
Ein buntes proletarisches Skizzenbuch
Von Max Dortu . . . . . Preis 7.— Mk.
Immensee
Von Theodor Storm . . . . . Preis 1.50 Mk.
Briefwechsel zwischen Schiller und Lotte
gebunden 3.— Mk.
Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe
gebunden 3.— Mk.
Weiße Nächte
Von Dostojewski . . . . . Preis 1.50 Mk.
Ueber See und Heide
Von Paul Zohn . . . . . gebunden 8.— Mk.
Der Krötenteich
Von Konrad Loele . . . . . gebunden 8.— Mk.
Der Weg zum Haß
Von Konrad Loele . . . . . gebunden 11.— Mk.

Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C2 / Breite Straße 8—9.

Prozesse, Rat, Beistand, mäß. Preise, Teilzahlung, Ehe-, Alimente-, Strafsachen. Gnadengesuche. Landgerichtsrat Dr. von Kirchbach, Alexanderstr. 45 Gesellsch. (geg. Tietz) 5-7. Glänz. Erfolge. Beobacht. Mitw. nahm. Jurist. Sonnt. 10-12 Vertrauenssach.

Briefmarken :: Münzen
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Zugang v. d. Friedrichstr. (Nr. 100) Norden 106 21

Kapitän-Kautabak einmal gepr. — immer gelobt. Feinster Geschmack; stets frisch. Zu kaufen i. den Zigarrengeschäften usw. Neue Verkaufsstellen richtet ein: Generalvertrieb C. Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Kgß. 2861)

Grundstück mit Garten und Stallung in östlichem Vorort. Angebote unter
zu pachten gesucht.
E. N. 2, Berlin O 112, postlagernd

Botenfrauen
für Neukölln stellt sofort ein
Spedition Krüger, Emser Straße 32
Meldungen vormittags 10—12 Uhr, nachmittags 3—6 Uhr

Botenfrauen
stellt sofort ein
Spedition Wutzki
Choriner Straße 68

Annahme in allen Expeditionen des Verlages **Kleine Anzeigen** Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9
Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Kreuzfüchse, seltene Gelegenheit vor der Verteuerung, ebenso Silberfüchse, Alaskafüchse, Zobelfüchse, Sealmäntel, Sportpelze, fabelhaft billig! Keine Lombardware. Leihhaus, Brunnenstr. 5.

Leihhaus, Brunnenstr. 5, Nur einige Tage! Wir haben einen großen Posten Maßstoffe, zum Teil englische, erworben und solche mit prima Zutaten, elegantem Sitz, aufs feinste ausstaffieren lassen, jeder Maßarbeit gleichkommend und bieten an: Anzüge, Cutaways, Schlüpfer (Winter) 500.— an. Monatsanzüge, Paletots, teils auf Seide, 300, 400, 450. Keine Lombardware.

Staunenerregend! Kreuzfüchse 75.—, Rotfüchse 60.— Mark an, Blaufüchse, Zobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten, Pelzmäntel, alles zu bedeutend herabgesetzten, sportbilligen Sommerpreisen! Keine Lombardwaren! Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Leihhaus Friedrichstr. 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, Hosen. Keine Lombardware.

Bettwäsche billig, 6 blaue Tage! Preise bedeutend ermäßigt. Deckbettbezug 35.—, Kissen 11.—, Bettlaken 20.—, Inlette 88.—, Wäschestoffe, Handtücher, Tischwäsche Engrospreise Reelle fachmännische Bedienung. Fahrvergütung. Wäschefabrik Grüfestraße 29 (Hasenheide).

Anzüge, stadtbekannt billigste Werkstatt, Elsasser Straße zwanzig, hochparterre.

Möbel

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Nußbaumbüfetts, Bettstellen komplett 375, Polstermatratzen 85, Kulissentisch 150, Pfeilerspiegel 150, Kleiderschrank 450, Kücheneinrichtung 490, Eichenspeisezimmer 3800, Schlafzimmer 2750, Bücherschränke. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 56 (Ecke Weinbergsweg).

Chaiselongues 100.—, Chaiselongueecke 75.—, Metallbetten 180.—, Kinderbettstelle, Matratze, Auguststr. 22a, Laden.

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Ratenzahlung. Möbelhaus Neufeld, Badstraße 34.

Sofaumbau 650, Chaiselongues 200.—, Auflagematratzen, Patentmatratzen 110.—, Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Kaufgesuche

Silberschmelze Christionat, Köpenicker Str. 29a (gegenüber Manteuffelstr. 1, kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Fahrräder

Fahrräder 200.—, 350.—, 500.—, Rahmen, Räder, Gummi alles billig Brückner, Gitschiner Straße 78.

Motorräder, Autozubehör, Motore kauft Hartmann, Fahrzeugfabrik, Schwedter Str. 258.

Neckarsulmräder, Adlerfahrräder, Wandererräder, Seidwergreifrad, Opelfahrräder, Wetträder, Simsonräder 700.—, gefahrene sportbillig. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Radreparaturen, Zweiräder, Dreiräder allerbilligst. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Fahrradgummi! Sportbillig. Schlawe, Weinmeisterstr. vier.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer usw. kauft laufend. Strausberger Str. 44.

Spiralbohrer und sämtliche Werkzeuge, Schraubstöcke usw. billigst. Richard Berlin G. m. b. H. Lübecker Str. 16, Hansa 227.

Kugellager kauft zu höchsten Preisen Fahrradgeschäft Schönhauser Allee 163. (Humboldt 461)

Metalle aller Art, sowie Schnelldrehstahl verkauft man am vorteilhaftesten bei Tischlschdale, Nachf., Wittenau, Lüdarser Str. 2, Reinickendorf 158

Geld-Verkehr

Kleell. Abzahlbardarlehne schnellstens durch Langer, Rathenower Straße 68.

Verschiedenes

Jeder Betriebsrat muß die Schrift von Rud. Hilferding „Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen" lesen. Preis 3.— Mk. (Portoersatz). Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Briefwechsel zwischen Schiller und Lotte. Gut gebunden, 352 Seiten stark, nur 3.— Mark, Porto extra. Zu beziehen durch Buchhandlung Freiheit, Breite Straße 8-9.

Elternbeiräte! Richtlinien für eure Tätigkeit findet ihr in der Schrift von Dr. Kurt Kerstan-Pfannkuch, „Der Elternbeirat" (2,50 Mk.) Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Inserate
für die Abend-Freiheit müssen spätestens bis 9½ Uhr vormittags für den darauffolgenden Tag bis 4 Uhr nachmittags bei der Expedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, eingeliefert sein.